

Liebe Leserinnen und Leser,

der Kampf gegen den Klimawandel ist nicht nur eine Frage der ökologischen Notwendigkeit, sondern auch eine Frage der ökonomischen Vernunft. Er ist eine Frage der Generationengerechtigkeit, eine Frage der Menschlichkeit und eine Frage der Zukunft der Menschheit. Daran hat Bundeskanzlerin Angela Merkel in ihrer Rede bei der 21. Konferenz der Vereinten Nationen zum Klimawandel (COP21) Ende 2015 erinnert. Das „Übereinkommen von Paris“ ist vor diesem Hintergrund zu recht von vielen Seiten begrüßt worden. Zu den Gründen für den erfolgreichen Abschluss des Abkommens gehören allerdings nicht zuletzt dessen Unverbindlichkeit und prozeduraler Charakter, wie Jasper Eitze in seinem Beitrag zum Schwerpunktthema dieser Ausgabe betont. Gleichzeitig hebt er die besondere Rolle Deutschlands hervor und empfiehlt gerade im Hinblick darauf, der Kostenfrage mehr Beachtung zu schenken. Hier gelte es, den engen Austausch mit europäischen und internationalen Partnern zu suchen.

Dass Energieproduktion, Klimawandel und Sicherheit eng miteinander verbunden sind, zeigen Peter Hefele, Johannes Vogel und Eric Lee in ihrem Beitrag beispielhaft für die Region Asien-Pazifik. Gerade beim Zusammenhang zwischen Klimawandel und Migration sei eine verlässliche Zuordnung von Ursache und Wirkung kaum seriös vorzunehmen. Das ändere jedoch nichts daran, dass die deutsche Entwicklungspolitik dazu beitragen müsse, die Anpassungsfähigkeit gerade ärmerer Bevölkerungsschichten an die Folgen des Klimawandels zu verbessern und dadurch Klimamigration vorzubeugen. Hierfür fehle es bisher allerdings an geeigneten Frühwarnsystemen, um energie- und klimapolitische Konfliktherde rechtzeitig zu identifizieren und entsprechend reagieren zu können.

Die sicherheitspolitische Dimension von Klimawandel und Energieversorgung rückt Christian Hübner in seinem Beitrag zu Lateinamerika in den Mittelpunkt. Der Klimawandel tritt dort nicht so sehr als Krisenverursacher, sondern vor allem als Krisenverstärker in Erscheinung, etwa indem er Risiken bei der Stromversorgung steigen lässt, Konflikte um Wasser und Land verschärft sowie den ohnehin schon starken Urbanisierungsdruck erhöht – von Hurrikanen, schmelzenden Gletschern, Dürren und Überschwemmungen ganz zu schweigen.

Der afrikanische Kontinent ist von den Folgen des Klimawandels ganz besonders betroffen, wie Oliver Ruppel und Arne Wulff in ihrem Beitrag vor Augen führen. Verschärft wird die Situation allerdings vor allem dadurch, dass es sich bei vielen afrikanischen Ländern um sogenannte fragile Staaten handelt. Dass diese Länder kaum in der Lage sind, die Folgen des Klimawandels abzumildern, geschweige denn, seine Ursachen wirksam zu bekämpfen, liegt auf der Hand. Die betroffenen Länder dabei

zu unterstützen, die notwendigen technischen, personellen und vor allem auch politischen Kapazitäten zu entwickeln, um sich überhaupt am Kampf gegen den Klimawandel beteiligen zu können, müsse daher eines der Ziele europäischer Entwicklungszusammenarbeit sein.

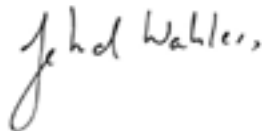
Die sechs Mitgliedstaaten des Golf-Kooperationsrates finden sich nach wie vor unter den 15 größten CO<sub>2</sub>-Emittenten weltweit. Wie Gidon Windecker und Sebastian Pfühl in ihrem Beitrag ausführen, deutet sich jedoch ein vorsichtiger Wandel hin zu erneuerbaren Energien an. Im Vordergrund steht dabei allerdings vor allem die Sorge um Energiesicherheit und wirtschaftliche Prosperität im Angesicht sinkender Ölrendite. Trotzdem könnte das Umdenken in Energiefragen einen strukturellen Wandel auch im politischen und gesellschaftlichen Bereich mit sich bringen.

Auch für Kasachstan ist Rohstoffreichtum schon längst nicht mehr nur Segen, sondern auch Fluch. Thomas Helm und Nicolas Scholz zeigen in ihrem Beitrag, wie der Preisverfall an den internationalen Rohstoffmärkten die kasachische Wirtschaft in die Krise hat gleiten lassen. Jetzt versucht die Regierung, die lange auf den Verkauf von fossilen Energieträgern und anderen Bodenschätzen gesetzt hat, umzusteuern und hat dabei vor allem auch erneuerbare Energien in den Blick genommen. Wenn die Transformation der kasachischen Wirtschaft hin zu einer modernen Industriegesellschaft gelingen soll, ist man allerdings weiterhin auf die Förderung fossiler Brennstoffe angewiesen, denn nur so lässt sich ein solches Vorhaben finanzieren, ohne soziale Verwerfungen und gesellschaftliche Widerstände zu riskieren.

In der Gesamtschau verdeutlichen die Beiträge zum Schwerpunktthema dieser Ausgabe vor allem, wie komplex das Zusammenspiel von Energieproduktion, Klimaveränderungen und der Gewährleistung von Sicherheit in verschiedenen Weltregionen ist. Der Kampf gegen den Klimawandel ist dabei zweifellos eine der zentralen Herausforderungen unserer Zeit – aber eben auch eine Herausforderung, die sich nicht losgelöst von Fragen der Energiesicherheit, nicht ohne Rücksicht auf wirtschaftspolitische Erwägungen und vor allem nicht ohne Abstimmung innerhalb Europas und im transatlantischen Bündnis bewältigen lässt.

Ich wünsche Ihnen eine anregende Lektüre.

Ihr



---

**Dr. Gerhard Wahlers** ist Herausgeber der *Auslandsinformationen* (Ai), stellvertretender Generalsekretär und Leiter der Hauptabteilung Europäische und Internationale Zusammenarbeit der Konrad-Adenauer-Stiftung ([gerhard.wahlers@kas.de](mailto:gerhard.wahlers@kas.de)).